Beschäftigungssituation von schwerbehinderten Menschen bei der Stadt Nürnberg

I. Bericht

1. Berichtszeitraum

Alle zwei Jahre wird der Personal- und Organisationsausschuss von der Verwaltung über die Beschäftigungssituation der bei der Stadt Nürnberg tätigen schwerbehinderten Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter unterrichtet. Im Anschluss an den letzten Bericht im Juni 2002 (Berichtszeitraum 2000 und 2001) wird aktuell die Entwicklung bei der Stadt Nürnberg in den Jahren 2002 und 2003 dargestellt.

Als Anlage ist ein Erfahrungsbericht der Arbeitsassistenz beigefügt.

2. Rechtliche Veränderungen im Berichtszeitraum

2.1 Gesetzliche Grundlagen

Durch die Einführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) sind mit Wirkung ab 01.07.2001 die besonderen sozialrechtlichen Regelungen zugunsten behinderter Menschen neu geordnet worden. In den zweiten Teil dieses Gesetzes wurde das „Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter“ integriert.

Mit dem am 01.05.2002 in Kraft getretenen „Behindertengleichstellungsgesetz“ (BGG) wurde das Benachteiligungsverbot des Artikel 3 Abs. 3 Satz 2 des Grundgesetzes umgesetzt. Damit soll die Gleichberechtigung behinderter Menschen in den Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens gesichert werden. Behinderte Menschen sollen zu allen Lebensbereichen einen umfassenden Zugang und eine uneingeschränkte Nutzung haben.

Der „Fürsorgeerlass“ des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen wurde überarbeitet und an die Neuerungen im SGB IX angepasst; er ist am 01.05.2002 in Kraft getreten. Darin geregelt sind die besonderen Fürsorge- und Förderungspflichten des Arbeitgebers/unmittelbaren Vorgesetzten dem schwerbehinderten Beschäftigten gegenüber. Der Fürsorgeerlass ist als Anlage der Integrationsvereinbarung der Stadt Nürnberg vom 17.12.2001 beigefügt und ist in seiner jeweils gültigen Fassung Bestandteil der Vereinbarung.

Am 01.08.2003 ist das „Bayerische Behindertengleichstellungsgesetz“ (BayBGG) in Kraft getreten. In seinen Grundaussagen lehnt sich das BayBGG an das Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes (BGG) an.

2.2 Änderungen bei der Beschäftigungspflicht

Durch das am 01.10.2000 in Kraft getretene „Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter“ wurde die Beschäftigungspflichtquote von 6 v.H. auf 5 v.H. abgesenkt. Ziel war, die Zahl der arbeitslosen schwerbehinderten Menschen bis Oktober 2002 um 25 v.H. zu senken. Bei Zielverfehlung sollte sich die Pflichtquote vom 01.01.2003 an wieder auf 6 v.H.

erhöhen. Trotz der knappen Zielverfehlung (24 v.H.) wurde mit dem Gesetz zur Änderung von Fristen und Bezeichnungen im Neunten Buch Sozialgesetzbuch und zur Änderung anderer Gesetze vom 03.04.2003 festgelegt, dass die Pflichtquote erst zum 01.01.2004 auf 6 v.H. ansteigt. Es ist allerdings nach den Informationen aus dem Gesetzgebungsverfahren davon auszugehen, dass die Pflichtquote auch über den 31.12.2003 hinaus bei 5 v.H. bleibt.

Die Höhe der Ausgleichsabgabe (§ 77 SGB IX) richtet sich danach, in welchem Umfang ein Arbeitgeber der Beschäftigungspflicht nachkommt. Für jeden unbesetzten Pflichtarbeitsplatz ist eine Ausgleichsabgabe je nach Abweichung von der Pflichtquote gestaffelt nach Beträgen in Höhe von monatlich 105,00 € (bei einer Quote von 3 v.H. bis unter 5 v.H.), 180,00 € (bei einer Quote von 2 v.H. bis unter 3 v.H.) und 260,00 € (bei einer Quote von unter 2 v.H.) zu zahlen.

Die Anzeige der Daten zur Ermittlung der Beschäftigungsquote nach § 80 Abs. 2 SGB IX an die Bundesagentur für Arbeit erfolgt seit dem Anzeigejahr 2002 elektronisch mit dem vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln entwickelten Datenverarbeitungsprogramm REHADAT-Elan. Die Software wurde allerdings nur für das Anzeigeverfahren entwickelt und lässt keine weiteren Auswertungen zu, so dass weiterhin PAISY-Auswertungen notwendig bleiben.

3. Situation bei der Stadt Nürnberg

3.1 Vorbemerkung

Die Beschäftigtenzahlen (Arbeitsplätze) nach dem SGB IX weichen von den tatsächlichen Beschäftigtenzahlen ab, da sich die Anzahl der Arbeitsplätze als Grundlage für die zu besetzenden Pflichtplätze nach §§ 73, 75 SGB IX bestimmt. So bleiben bei den losgelöst von den Planstellen nach Kopfzahlen zu ermittelnden Arbeitsplätzen bestimmte Beschäftigtengruppen außer Ansatz, wie zum Beispiel Personen, die in ihre Stellen gewählt werden, die an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teilnehmen, geringfügig Beschäftigte, usw. Bei Beschäftigten mit einer Arbeitszeit von weniger als 18 Wochenstunden kann eine Anrechnung im Einzelfall durch die Arbeitsverwaltung zugelassen werden.

Dies gilt auch für die Zahl der anzurechnenden Beschäftigten, da nur Schwerbehinderte auf sog. „Pflichtplätzen“ und zusätzlich Berufsausbildungsverhältnisse und ABM-Kräfte zu berücksichtigen sind. Zum 31.12.2003 waren beispielsweise 72 Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter (Plätze) nicht anrechenbar (insbes. Rente auf Zeit und Beschäftigungsumfang unter 18 Wochenstunden).

3.2 Arbeitsplätze und schwerbehinderte/gleichgestellte Mitarbeiter im Zeitraum 1996 bis 2003

Stich-tag 31.12.	Arbeits-plätze	Beschäfti-gungssoll [1])	Anzurechnende Beschäftigte			v.H.-Satz	unbesetz-te Plätze	Abgabe
			Anzahl [2])	+Mehrfach-anrechnung	=Plätze			
1997	14.496	870	713	139	852	**5,88**	18	-,- [3])
Entwicklung nach der Verselbständigung des Klinikums ab 01.01.1998								
1998	9.389	563	517	100	617	**6,57**	-,-	-,-
1999	9.292	558	504	93	597	**6,42**	-,-	-,-
2000	9.364	562	522	90	612	**6,54**	-,-	-,-
2001	9.559	478[1])	497	82	579	**6,06**	-,-	-,-
2002	9.384	469	531	81	612	**6,52**	-,-	-,-
2003	9.370	469	535	85	620	**6,62**[4])	-,-	-,-

[1]) *Bis 2000 6 v.H., ab 2001 5 v.H.*

[2]) *Ausgewiesen sind hier die schwerbehinderten Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter (Grad der Behinderung mindestens 50) und die Gleichgestellten mit einem GdB von mindestens 30 aber weniger als 50. Die Gleichstellung erfolgt auf Antrag durch die Agentur für Arbeit. Gleichgestellt sind derzeit 57 Mitarbeiter/innen.*

[3]) *Keine Abgabe wegen anrechenbarer Aufträge an Behindertenwerkstätten (s. 3.4)*

[4]) *Aufgrund zwischenzeitlicher Nacherfassungen sind die Beschäftigungszahlen und damit auch die -quote zum 31.12.2003 höher als sie in der Meldung an die Agentur für Arbeit ausgewiesen sind.*

3.3 Monatsverlauf 2002 im Vergleich zu 2003

Monat	Soll		Ist		% - Satz	
	2002	**2003**	2002	**2003**	2002	**2003**
Januar	468	**468**	618	**638**	6,61	**6,81**
Februar	469	**468**	624	**638**	6,66	**6,82**
März	470	**468**	630	**628**	6,70	**6,71**
April	470	**469**	625	**634**	6,65	**6,76**
Mai	469	**468**	625	**627**	6,66	**6,70**
Juni	468	**467**	623	**621**	6,65	**6,65**
Juli	465	**465**	627	**622**	6,75	**6,69**
August	464	**464**	626	**618**	6,75	**6,67**
September	464	**465**	622	**619**	6,70	**6,66**
Oktober	467	**468**	619	**617**	6,63	**6,60**
November	468	**468**	620	**617**	6,62	**6,59**
Dezember	469	**469**	612	**620**	6,52	**6,62**

Ausgewiesen sind für das Jahr 2002 die Daten, die bis zum 31.03. des Folgejahres der Agentur für Arbeit im Rahmen der Anzeige nach § 80 SGB IX übermittelt wurden. Für das Jahr 2003 sind die Zahlen wegen zwischenzeitlicher Nacherfassungen höher als bei der Meldung der Ausgleichsabgabe im März dieses Jahres.

Die geforderte Pflichtquote (5 v.H.) wurde sowohl 2002 als auch 2003 in jedem Monat erfüllt.

Die niedrigeren Zahlen zum jeweiligen Jahresende resultieren insbesondere daraus, dass die Anerkennungen der Schwerbehinderteneigenschaft durch die Versorgungsämter teilweise sehr weit rückwirkend erfolgen und deswegen zum Meldestichtag noch nicht erfasst werden konnten. Gleiches gilt für die Verlängerungen der Gültigkeitsdauer von Schwerbehindertenausweisen.

3.4 Aufträge an Werkstätten für Behinderte

Auf eine eventuell zu zahlende Ausgleichsabgabe sind zum Teil Aufträge an anerkannte Werkstätten für Behinderte und Blindenwerkstätten anrechenbar. Die Dienststellen werden daher regelmäßig durch das Personalamt gebeten, geeignete Aufträge an Werkstätten zu vergeben. So konnte in der Vergangenheit die Entrichtung einer Ausgleichsabgabe durch das Zurückgreifen auf solche Aufträge vermieden werden. Ab 1998 war dies wegen Erfüllung der gesetzlichen Quote nicht mehr erforderlich. Dennoch werden auch weiterhin zahlreiche Aufträge an Werkstätten für Behinderte vergeben.

Die anrechenbaren Arbeitsleistungen betrugen in den Jahren 1999 bis 2003:

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003
€ - Betrag	146.286,55	117.218,71	136.257,85	120.536,29	166.992,32

3.5 Beschäftigung nach Geschäftsbereichen

Bezogen auf die städtischen Geschäftsbereiche - es handelt sich dabei nicht um Dienststellen im Sinne des § 80 SGB IX - und alle Beschäftigten ergab sich zum 31.12.2003 folgendes Bild:

Geschäfts-	Schwerbeh./Gleichgest.		Anzahl der	Beschäftigungssoll	
bereich	Soll [1])	Ist [2])	Dienstst.	erfüllt	**nicht** erf.
OBM (u. GPR)	6	17	5	5	-
SRD	33	61	10	9	1
2.BM	31	21	3	2	1
Ref. I	22	58	4	4	-
Ref. II	20	25	5	4	1
3.BM	17	28	3	3	-
Ref. IV	94	94	24	11	13
Ref. V	79	90	5	3	2
Ref. VI	53	68	8	8	-
Ref. VII	13	9	5	2	3
Ref VIII	50	65	8	4	4
StEB	16	15	1	-	1
NüSt	22	35	1	1	-
ASN	34	29	1	-	1
FSN	0	0	1	1	-
NüBad	4	5	1	1	-
Insgesamt	494	620	85	58	27

[1]) Rundungsbedingte Differenzen im Vergleich zur Berechnung nach der Gesamtzahl der Arbeitsplätze.
[2]) Angegeben sind die schwerbehinderten und gleichgestellten Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter einschl. der Mehrfachanrechnungen. Nicht zugeordnet wurden schwerbehinderte Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, die nicht beim Beschäftigungssoll berücksichtigungsfähig sind, z.B. in ruhenden Arbeitsverhältnissen, insbes. Rente auf Zeit und Beschäftigte mit einer Arbeitszeit von < 18 Wochenstunden.

3.6 Zugänge

Jahr	Neuanerkennungen	Neueintritte	Summe
2002	72	22	94
2003	60	13	73
insgesamt	132	35	167

Wie bereits in den Vorjahren wird deutlich, dass sich die „Neuzugänge“ bei den schwerbehinderten Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern lediglich zu 20 v. H. aus Neueinstellungen ergeben, zu 80 v.H. sind Neuanerkennungen von bereits bei der Stadt Nürnberg beschäftigten Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern ursächlich.

3.7 Abgänge

Jahr	Ablauf von Anerkennungen	Austritte	Summe
2002	2	75	77
2003	3	67	70
insgesamt	5	142	147

Auch zwischen den Austritten von schwerbehinderten Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern und deren Altersstruktur besteht ein Zusammenhang: Ca. 43 v.H. aller ausgetretenen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter hatten zum Zeitpunkt Ihres Austrittes bereits das 60. Lebensjahr vollendet; die Austritte erfolgten insbesondere wegen Ruhestandsversetzung (Rentengewährung). Aberkennungen der Schwerbehinderteneigenschaft spielen im Verhältnis zu den Austritten nur eine sehr geringe Rolle.

3.8 Altersstruktur der schwerbehinderten und gleichgestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Stand 31.12.2003)

Schwerbehinderte und gleichgestellte Mitarbeiter/innen		*bis 30 J.*	*bis 40 J.*	*bis 50 J.*	*bis 55 J.*	*bis 60 J.*	*über 60 J.*	*Summe*
	m.	*5*	*43*	*93*	*66*	*71*	*27*	*305*
	w.	*6*	*33*	*84*	*55*	*43*	*9*	*230*
"Personen" insges.		*11*	*76*	*177*	*121*	*114*	*36*	*535*
+ Mehrfachanr.	*m.*	*2*	*17*	*20*	*2*	*7*	*2*	*50*
	w.	*5*	*15*	*11*	*4*	*0*	*0*	*35*
"Plätze" insges.		*18*	*108*	*208*	*127*	*121*	*38*	*620*

Etwa 25 v. H. der schwerbehinderten Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter sind bereits älter als 55 Jahre. Es bedarf daher im Hinblick auf die in den nächsten Jahren zu erwartenden altersbedingten Abgänge weiterhin großer Anstrengungen, die Beschäftigtenquote zu halten bzw. zu steigern.

4. Vergleich mit der Beschäftigungsquote der städtischen Tochterunternehmen

Von den Mitgliedern des Personal-und Organisationsausschusses wurde beim letzten Bericht über die Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen bei der Stadt Nürnberg am 16.07.2002 angeregt, künftig auch auf die Beschäftigungssituation bei den Kommunalen Unternehmen, den städtischen Tochtergesellschaften und Beteiligungen einzugehen. Aufgrund der Angaben der Tochtergesellschaften ergibt sich folgende Zusammenstellung:

Tochterunternehmen	*Arbeitsplätze*		*Soll*		*Ist*		*v.H.-Satz*		*Abgabe in 2003 in €-Beträgen*
	2002	***2003***	*2002*	***2003***	*2002*	***2003***	*2002*	***2003***	
*Städtische Werke Nürnberg GmbH *)*	4810	**4802**	241	**240**	342	**385**	7,11	**8,02**	-
Noris-Arbeit gGmbH	205	**238**	10	**12**	28	**35**	13,66	**14,71**	-
WBG Nürnberg mbH	197	**197**	10	**10**	6	**8**	3,05	**4,06**	1.390,07
Klinikum Nürnberg	4755	**4799**	238	**240**	291	**294**	6,12	**6,13**	-
Sparkasse Nürnberg	25.417	**25.153**	1.270	**1.258**	1.147	**1.184**	4,51	**4,71**	4.308,18
TAN GmbH	7	**9**	-	**-**	-	**-**	-	**-**	-
Nürnberg Messe GmbH	213	**228**	9	**10**	-	**-**	-	**-**	30.166,22
WfB gGmbH	188	**207**	9	**10**	12	**11**	6,38	**5,31**	-

**) Enthalten sind die zusammengefassten Zahlen für StWN, N-ERGIE und VAG*

Bei der TAN GmbH besteht wegen der Unterschreitung der Mindestgröße von 20 Arbeitsplätzen i.S.d. § 71 SGB IX keine Verpflichtung zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen. Trotz dennoch bestehender Bemühungen ist es insbesondere wegen der vorhandenen Aufgabengebiete und auch der Firmengröße nicht gelungen, schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen.

Der Gesamtkonzern Städtische Werke Nürnberg GmbH (StWN, N-Ergie und VAG) erstellt eine gemeinsame Meldung an die Agentur für Arbeit. Die Quote fällt hierbei seit Jahren überdurchschnittlich hoch aus.

Das Klinikum Nürnberg erfüllt seit 2001 die Pflichtquote von 5 v.H. Bis einschließlich 2000 wurde die damals geltende Quote von 6 v.H. nicht erfüllt. Während 1998 noch eine Ausgleichsabgabe gezahlt werden musste, war dies in den Jahren 1999 und 2000 durch Rückgriff auf Auftragsvergaben an Behindertenwerkstätten nicht mehr erforderlich.

Die WBG Nürnberg mbH erfüllt die gesetzliche Quote nicht. Auch unter Berücksichtigung der Auftragsvergaben an anerkannte Werkstätten für Behinderte musste in den vergangenen Jahren jeweils eine Auslgeichsabgabe entrichtet werden.

Bei der Noris-Arbeit gGmbH werden situations- und aufgabenbedingt sehr viele schwerbehinderte Menschen beschäftigt; daraus erklärt sich auch der hohe Erfüllungsgrad der Pflichtquote.

Die Sparkasse Nürnberg zahlt eine Ausgleichsabgabe für unbesetzte Pflichtplätze. Allerdings verringert sich der Betrag stetig von Jahr zu Jahr. Wurden 1998 noch 41.453,50 € gezahlt, so waren es 2003 lediglich noch 4.308,18 €.

Auch die Nürnberg Messe GmbH hat eine Abgabe zu entrichten. Seit 2001 beschäftigt diese keinen schwerbehinderten Menschen mehr. Durch eine steigende Anzahl an Arbeitsplätzen steigt auch die jährlich zu entrichtende Abgabe (von 10.800,00 € in 1998 auf 30.166,22 € in 2003).

Die WfB gGmbH erfüllt die gesetzliche Quote. Allerdings geht auch hier die Quote leicht zurück. Die Zahl der Arbeitsplätze nimmt langsam zu, die Zahl der besetzten Plätze langsam ab.

5. Vergleich mit der Beschäftigungsquote anderer Arbeitgeber

Nach dem Schwerbehindertenbericht der Bundesregierung für das Jahr 2002 stellen sich die Quoten bei privaten Arbeitgebern und öffentlichen Arbeitgebern (Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung) nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2001 (Stichmonat Oktober) wie folgt dar:

Länder:	private Arbeitgeber:	öffentliche Arbeitgeber *):
Baden-Württemberg	3,4	4,7
Bayern	2,8	4,9
Berlin	3,5	5,4
Brandenburg	3,0	4,3
Bremen	3,7	5,8
Hamburg	3,0	5,3
Hessen	3,3	6,1
Mecklenburg-Vorpom.	3,1	5,1
Niedersachsen	3,4	4,6
Nordrhein-Westfalen	3,9	5,6
Rheinland-Pfalz	3,1	5,0
Saarland	3,1	6,0
Sachsen	2,8	4,5
Sachsen-Anhalt	2,8	4,5
Schleswig-Holstein	3,1	4,9
Thüringen	3,1	4,6
Bundesgebiet insgesamt	**3,4**	**5,1**
davon: Bundesgebiet West Bundesgebiet Ost	 3,4 3,0	 5,2 4,7

**) Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung zusammengefasst*

Bei den privaten Arbeitgebern ist die Gesamtquote 2001 gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Prozentpunkte angestiegen, bei den öffentlichen Arbeitgebern ist die Quote um 0,1 Prozentpunkte gesunken.

Die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes lag Ende Oktober 2002 bei 6,7 v.H., gegenüber dem Vorjahr ist sie um 0,3 Prozentpunkte angestiegen. Zahlen für 2003 wurden noch nicht veröffentlicht.

6. Rückblick und Tendenzen

Durch das „Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter“ vom 29.09.2000 und der von der Bundesregierung gestarteten Kampagne „50.000 Jobs für Schwerbehinderte“ ist es gelungen, die Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen von Oktober 1999 bis Oktober 2002 um etwa 24 Prozent abzusenken. Die Zielvorgabe von 25 Prozent wurde nur knapp verfehlt.

Die erreichte Senkung der Arbeitslosigkeit wurde von allen Beteiligten als voller Erfolg gewertet. Durch die mit der Kampagne einhergehende Öffentlichkeitsarbeit wurden Informationsdefizite bei den Arbeitgebern bekannt, die es gab und auch noch immer gibt. Es sollen daher auch weiterhin in gleicher Weise Anstrengungen unternommen werden, die Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen zu fördern.

Von der Europäischen Union war das Jahr 2003 zum „Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen“ erklärt worden. Rückblickend betrachtet wurden viele Akzente gesetzt. Mit den Schlagworten „Teilhabe verwirklichen, Gleichstellung durchsetzen und Selbstbestimmung ermöglichen“ ist man an die Öffentlichkeit herangetreten. Welche nachhaltigen Veränderungen sich aus den zahlreichen Veranstaltungen und Projekten ergeben haben und vielleicht noch ergeben werden lässt sich erst im Nachhinein feststellen.

II. Ref. I/POA

Nürnberg, 09.06.2004
Personalamt

(22 03)

Anlage:
Bericht der Arbeitsassistentin

In Abdruck an:

Gesamtvertrauensmann der Schwerbehinderten/Herrn Karl
GPR